

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften anlässlich der Bundestagswahl 2021



1) Wie stehen Sie zu einem „Verlobten-Visum“, um die Eheschließung in Deutschland mit eine*r Partner*in aus einem Drittstaat zu erleichtern?

Wir setzen uns dafür ein, dass Familien gemeinsam in Deutschland leben und/oder sich besuchen können. Das gilt natürlich auch für Partner*innen, die nicht verheiratet sind. Mit einem sogenannten „Heiratsvisum“ kann man bereits nach geltender Rechtslage nach Deutschland einreisen, wenn alle Unterlagen beim Standesamt vorliegen, um zu heiraten. Wir GRÜNE wollen das Recht, ein Visum zum Zwecke der Eheschließung zu erhalten, stärken und in der Praxis einfacher gestalten.

2) Setzen Sie sich für eine erleichterte Einbürgerung und eine Hinnahme von Mehrstaatigkeit ein?

Ja, den Optionszwang im Staatsangehörigkeitsrecht wollen wir abschaffen und Mehrstaatigkeit anerkennen. Das Verbot der Mehrstaatigkeit wird den Realitäten in Deutschland als Einwanderungsland nicht gerecht. Die Staatsangehörigkeit stellt ein dauerhaftes Band rechtlicher Gleichheit, Teilhabe und Zugehörigkeit sicher. Wir GRÜNE setzen uns für eine erleichterte Einbürgerung ein: Wer in Deutschland geboren wird, soll die Möglichkeit erhalten, deutsche*r Staatsbürger*in zu werden, wenn ein Elternteil rechtmäßig seinen gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Für Menschen, die hier jahrelang leben und Teil dieser Gesellschaft geworden sind, sollen Einbürgerungen früher möglich werden. Nach fünf Jahren Aufenthalt in Deutschland sollen alle einen Antrag auf Einbürgerung stellen können. Die vorgenommenen Aushöhlungen des Staatsangehörigkeitsrechts wollen wir zurücknehmen. Hindernisse bei der Identitätsklärung, die nicht in der Hand der Einzubürgernden liegen, dürfen ihnen nicht angelastet werden.

3) Setzen Sie sich für die Abschaffung des Sprachnachweises vor Einreise ein?

Sprachkenntnisse sind uns wichtig, da sie Schlüssel für Partizipation und Teilhabe sind. Wir wollen die Möglichkeiten, Deutschsprachkenntnisse im Ausland zu erwerben, stärken. Eine Einreise sollte nicht an fehlenden Sprachkenntnissen scheitern. Sprache erlernt man am besten dort, wo sie gesprochen wird. Deshalb sollen alle neu ankommenden Geflüchteten und Migrant*innen von Anfang an ein Recht auf Sprach- und Integrationskurse haben. Wir GRÜNE wollen niederschwellige Programme für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, Aufenthalte als Freiwillige, Au-pairs oder zum Erlernen der deutschen Sprache fördern. Gerade wenn es einen Anspruch auf einen Aufenthalt in Deutschland gibt, wie beim Familiennachzug, müssen Hürden bei der Einreise abgebaut werden. Deshalb haben wir uns beim Ehegatten- und Familiennachzug gegen die Einführung einer Sprachnachweiserfordernis ausgesprochen. Bis zu ihrer Abschaffung muss von den bestehenden Ausnahmen zur Sprachnachweispflicht großzügig Gebrauch gemacht werden.

4) Befürworten Sie eine Priorisierung der Visavergabe im Familiennachzug und Besuchsvisa für unverheiratete Partner:innen und Familienangehörige aus Drittstaaten?

Familien gehören zusammen und das Kindeswohl hat oberste Priorität. Wir GRÜNE stehen für den besonderen Schutz der Familie gemäß Grundgesetz, VN-Kinderrechtskonvention und Europäischer

Menschenrechtskonvention ein. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die Einreise von Familien und unverheirateten Paaren unbürokratisch ermöglicht wird. Deshalb haben wir gefordert, dass z.B. die einschränkenden Maßnahmen während der COVID Pandemie regelmäßig überprüft werden. An deutschen und europäischen Botschaften braucht es mehr Personal und die Möglichkeit, digital Anträge zu stellen, um die Wartezeiten für Visa von Familienangehörigen zu verkürzen. Wir fordern zudem, die Einschränkungen beim Familiennachzug zu Geflüchteten wieder aufzuheben und den Geschwisternachzug zu ermöglichen. Auch Menschen mit subsidiärem Schutzstatus müssen deshalb ihre Kernfamilien ohne die bisherigen Einschränkungen nachholen können und mit Geflüchteten gleichgestellt werden.

5) Planen Sie Quoten, affirmative Maßnahmen oder z.B. anonymisierte Bewerbungsverfahren, um in Verwaltung, Politik und Wirtschaft, die Vielfalt adäquat zu repräsentieren?

Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind tief in unserer Gesellschaft, ihren Strukturen und Institutionen verwurzelte Probleme. Wir sehen Maßnahmen zur Gleichstellung von rassistisch diskriminierten Menschen als notwendig an (BT-Drs. 19/24434). Deshalb wollen wir ein Partizipations- und Teilhabegesetz vorlegen und darin Gleichstellungsmaßnahmen wie beispielsweise verbindliche Zielvorgaben zur gleichberechtigten Teilhabe von strukturell diskriminierten Menschen einführen. Um die Anzahl von Bewerbungen aus diskriminierten Gruppen zu erhöhen, soll eine gezielte Ansprache in der Stellenausschreibung und gezielte Anwerbung erfolgen. Wir GRÜNE wollen eine diversitätsorientierte und rassismuskritische Öffnung der Verwaltung, von Behörden und gesellschaftlichen Institutionen, Vielfaltsbeauftragte als Vertreter*innen von diskriminierten Menschen und eine diversitätsorientierte Haushaltsbudgetierung einführen sowie das Bundesgremiengesetz reformieren.

6) Was tun Sie, damit alle Familien Familienleistungen (Kindergeld, Kinderzuschlag, Elterngeld, etc.) in Anspruch nehmen, migrantische Familien besser erreicht werden können?

Wir GRÜNE setzen uns für mehr Teilhabemöglichkeiten für migrantische Familien ein. Insbesondere wollen wir ein flächendeckendes Netz von Migrationsberatungsstellen schaffen und diese finanziell und strukturell absichern. So wollen wir zeitlich unbefristete bedarfsorientierte, individuelle Grundberatungsangebote für Migrant*innen mit Unterstützungsbedarf, gerade auch für Familien, schaffen. Ein solches breites Beratungsangebot ist insbesondere wichtig, um einen unterschiedslosen Zugang zu Sozialleistungen sowie zu Kitas, Bildungseinrichtungen, Ausbildung und Arbeit, Wohnraum, Gesundheitsfürsorge zu gewährleisten. Auch auf europäischer Ebene wollen wir einen kommunalen Integrationsfonds auflegen, um europaweit das Ankommen in den Kommunen direkt zu unterstützen und zivilgesellschaftliche Unterstützungsstrukturen zu fördern. Außerdem treten wir dafür ein, dass alle neu ankommenden Migrant*innen von Anfang an ein Recht auf einen kostenfreie Sprach- und Integrationskurse haben.

7) Welche bildungspolitischen Maßnahmen planen Sie, um gesellschaftliche Vielfalt sowohl personell als auch inhaltlich (Curricula) abzubilden?

Alle Menschen sollen die gleichen Chancen haben und aktiv die Gesellschaft mitgestalten können. Antirassismus, Antidiskriminierung und Postkolonialismus wollen wir in Lehrplänen verankern. Kinder und Jugendliche müssen vor Diskriminierung geschützt sein. Sie brauchen dafür Ansprechpersonen und Angebote zu Antidiskriminierung, Diversität und Demokratieverständnis. Rassismuskritische Kompetenz soll als Teil von Diversity Kompetenzen für Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung insbesondere durch Fortbildungen vermittelt werden und bei der Beurteilung der Beschäftigten und Bewerber*innen berücksichtigt werden. Wir wollen unabhängige Forschung zu Antirassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die Erhebung von Antidiskriminierungsdaten fördern, um Benachteiligungsstrukturen sichtbar zu machen. Gemeinsam

mit den Ländern wollen wir die Rassismusforschung an Hochschulen stärken. Dafür braucht es eigene Studiengänge, Lehrstühle und Forschungsinstitutionen.

8) Mit welchen Maßnahmen würden Sie Mehrsprachigkeit in der sprachlichen Bildung und darüber hinaus unterstützen?

Mehrsprachigkeit und Vielfalt sind in einem Einwanderungsland und für eine Gesellschaft der Vielen ein großer Wert. Deshalb setzen wir GRÜNE uns für eine Förderung und Erhalt der Muttersprache entlang der gesamten Bildungskette ein, so dass kein Kind seine Muttersprache verstecken muss. Schulen mit besonderen Herausforderungen wollen wir dabei unterstützen, systematische Vorsorgearbeit zu leisten und deutsche wie auch muttersprachliche Sprachfertigkeiten zu fördern. Mehrsprachigkeit begreifen wir dabei als Reichtum und nicht als Defizit. Außerdem treten wir dafür ein, dass alle neu ankommenden Migrant*innen von Anfang an ein Recht auf kostenfreie Sprach- und Integrationskurse haben.